

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STUDIERENDENPARLAMENTS VOM 25.9.2012

Vorsitz: Pascal Flach

Stellvertretender Vorsitz: Justus Hofmann

Protokoll: Nina Eisenhardt

INHALT

TOP 0: Genehmigung der Tagesordnung	2
TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 18.07.2012	2
TOP 2: Mitteilungen des Präsidiums	2
TOP 3: Anträge von Gästen	2
TOP 8: Antrag: Fahrtkostenübernahme BauFak Aachen (FS BauIng)	2
TOP 3a: Eilantrag Ladyfest (Giulietta Bender)	3
TOP 4: Beratung über Berichte	3
TOP 5: Nachtragshaushalt	4
TOP 7: Antrag: Kulturfeier (Verband der Studierenden aus Kurdistan)	4
TOP 9: Weitere Anträge und Resolutionen	4
Eilantrag Resolution Solidarität mit den Sächsischen Studierenden (AStA)	4
Eilantrag Resolution Wohnungsnot (Alexander Lang)	5
TOP 10: Sonstiges	Fehler! Textmarke nicht definiert.

TOP 0: GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

Sitzungsbeginn: 19:09

Feststellung der Beschlussfähigkeit: 16 Mitglieder des Studierendenparlaments sind anwesend, damit ist die Beschlussfähigkeit festgestellt.

Eilantrag Ladyfest (Giulietta Bender) auf 3a

Eilantrag Ladyfest auf 3a mit 14 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **angenommen.**

Antrag auf Steichung von TOP 6:

Antrag mit 13 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
1 Enthaltungen **angenommen.**

Veränderung der Tagesordnung durch das Präsidium TOP 8 wird unter Gäste gefasst

Genehmigung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form mit 15 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **angenommen.**

TOP 1: GENEHMIGUNG DES SITZUNGSPROTOKOLLS VOM 18.07.2012

Abstimmung über das Protokoll vom 18.7.2012

Das Protokoll vom 18.7.2012 wird mit 9 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
4 Enthaltungen **angenommen.**

TOP 2: MITTEILUNGEN DES PRÄSIDIUMS

Es liegen keine Mitteilungen des Präsidiums vor.

TOP 3: ANTRÄGE VON GÄSTEN

TOP 8: ANTRAG: FAHRTKOSTENÜBERNAHME BAUFak AACHEN (FS BAUING)

„Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament beauftragt den AstA der TU Darmstadt die Finanzierung zur Teilnahme von 20 Personen an der Bauingenieur Fachschaften Konferenz (BauFak) in Aachen zu übernehmen.

Der notwendige Gesamtbetrag liegt bei 1732,80€.

Resultierend aus Teilnehmerbeitrag von 50,00€ pro Person (Gesamt 1000,00€) und den Fahrtkosten in Höhe von 732,80€.“

Begründung: Da viele neue FachschaftlerInnen dabei sind, die noch nie auf einer Fachschaftenkonferenz waren, sollen diese die Möglichkeit bekommen auf einer solchen Tagung teilzunehmen, bevor die Tagung nächstes Mal in Darmstadt stattfindet.

Antrag mit 16 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **angenommen.**

TOP 3A: EILANTRAG LADYFEST (GIULIETTA BENDER)

Begründung der Eile: Das Fest ist zwar erst später, aber es ist äußerst unwahrscheinlich auf der nächsten StuPa-Sitzung ein solcher Antrag Zeit für Behandlung findet.

Abstimmung über die Eile

Die Eile wird mit 15 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **als begründet angesehen.**

„Das Studierendenparlament möge beschließen 500€ der Kosten des Ladyfests durch die Studierendenschaft zu tragen. Der AStA der TU Darmstadt stellt für das Ladyfest seine Infrastruktur zur Verfügung und unterstützt das Ladyfest bei der Bewerbung der Veranstaltung.“

Giulietta Bender stellt das Ladyfest und das Budget vor, welches dem Antrag beigelegt wurde und als Tischvorlage vorhanden ist.

Abstimmung über die Finanzierung des Ladyfests

Der Antrag wird mit 16 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **angenommen.**

TOP 4: BERATUNG ÜBER BERICHTE

Jakob Rimkus erkundigt sich nach Rückmeldungen zum Bericht der Kooperationsstelle.

Nina Eisenhardt begrüßt die Ausführlichkeit des Berichts und insbesondere, das Eingehen auf die Probleme mit denen die Studierenden zu der Beratung kommen ist besonders wichtig. Ggf. lässt sich dies ähnlich wie im Sozialreferat des AStA weiter ausbauen um noch gezielter auf die Bedürfnisse der Studierenden eingegangen werden kann.

Sebastian Ankenbrand merkt an, dass dieses Semester keine Vollversammlung richtig funktioniert hat. Eine bessere Kommunikation insbesondere bei der Urabstimmung wäre wichtig gewesen.

TOP 5: NACHTRAGSHAUSHALT

Jakob Rimkus stellt den Nachtragshaushalt vor, entsprechende Anmerkungen wurden bereits verschickt.

Hinzufügen unter den Titeln 1.7.5 und 15.5. jeweils „Tutor International“ mit jeweils 12 050€ um die QSL-Mittel, die bewilligt wurden abgebildet werden.

Die Stelle die im Stellenplan eingestellt wurde wird vorerst vom AStA finanziert, die Hoffnung besteht, dass im folgenden Semester die Stelle doch durch QSL-Mittel finanziert wird. Die Stelle ist nun vorerst auf 2 Jahre befristet. Sollte das Projekt weitergehen, wird die Stelle auch verlängert. Die Stelle ist so umfangreich aufgestellt um keine zusätzlichen Kapazitäten im AStA zu binden. Außerdem ist das Projekt, so wie es aufgestellt ist, sehr zeitaufwendig.

Sebastian Ankenbrand merkt an, dass es richtig wäre den Druck auf die Uni zu erhöhen eine solche Stelle zu schaffen. Diese Summe für 2 Jahre im Haushalt der Studierendenschaft einzustellen bindet einige finanzielle Kapazitäten.

Jakob Rimkus ergänzt, dass das Angebot des AStA für international Studierende derzeit nicht ausreichend ist und die Schaffung dieser Stelle perspektivisch Möglichkeiten für den AStA bietet.

Abstimmung über die Finanzierung des Ladyfests

Der Nachtragshaushalt wird mit 15 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
2 Enthaltungen **angenommen**.

TOP 7: ANTRAG: KULTURFEIER (VERBAND DER STUDIERENDEN AUS KURDISTAN)

Die Antragsteller sind nicht anwesend, weshalb Stephan den Antrag vorstellt und Fragen versucht zu beantworten. Es gibt jedoch noch offene Fragen an die Antragsteller.

GO-Antrag auf Vertagung (Jan-Martin Steiz) – Keine Gegenrede

TOP 9: WEITERE ANTRÄGE UND RESOLUTIONEN

EILANTRAG RESOLUTION SOLIDARITÄT MIT DEN SÄCHSISCHEN STUDIERENDEN (ASTA)

Begründung der Eile: Die Resolution basiert auf einer Pressemitteilung der Landesastenkonzferenz, die erst letzte Woche fertig war. Abstimmung im sächsischen Landtag ist morgen.

Abstimmung über die Eile

Die Eile wird mit 16 JA-Stimmen,
0 Nein-Stimmen und
0 Enthaltungen **als begründet angesehen**.

Begründung des Antrags: Ergibt sich aus der Resolution warum das Studierendenparlament das sächsische Hochschulfreiheitsgesetz abgelehnt werden sollte.

Diskussion über Resolution findet angeregt statt. Über Autonomie, Drittmittelfinanzierung und entschlossene Proteste.

Abstimmung über die Resolution

Die Resolution wird mit 13 JA-Stimmen,
1 Nein-Stimmen und
2 Enthaltungen **angenommen**.

EILANTRAG RESOLUTION WOHNUNGSNOT (ALEXANDER LANG)

Begründung der Eile: Resolution ist auf der Klausurtagung letztes Wochenende entstanden und der Antragsteller will aktiv werden, gerade jetzt zum neuen Semester. Dafür will der Antragsteller Unterstützung des Studierendenparlaments.

Abstimmung über die Eile

Die Eile wird mit 10 JA-Stimmen,
3 Nein-Stimmen und
2 Enthaltungen **als begründet angesehen**.

Es findet eine lustige Diskussion über den Text der Resolution statt. Es geht um Handwerker, Mauerbau und kreatives in die Handnehmen.

Änderungsantrag Sebastian Ankenbrand (1)

- Liegt nicht vor

Änderungsantrag Sebastian Ankenbrand (2)

- Liegt nicht vor

GO Antrag: Feststellung der Beschlussfähigkeit (Sissi Thalmann)

Beschlussfähigkeit ist nicht festzustellen.

Sitzungsende 20:45

ANHÄNGE:

RESOLUTION: SOLIDARITÄT MIT DEN SÄCHSISCHEN STUDIERENDEN

Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz schafft Verfasste Studierendenschaft ab, streicht Freiversuche und führt Langzeitgebühren ein.

Schon seit einiger Zeit gibt es breite Diskussionen um den einen neuen Gesetzesentwurf zum Sächsischen Hochschulgesetz. Darin will die Sächsische Landesregierung Studierenden ermöglichen, aus der Studierendenschaft auszutreten. Das Ende des studentischen Solidarmodells an den Hochschulen hätte tiefgreifende Auswirkungen auf die Mitbestimmung und die Einflussmöglichkeiten von Studierenden, liegt die Stärke der Verfassten Studierendenschaft doch gerade in ihrer Vertretung aller Studierender. Darüber hinaus wären Kooperationen wie das Semesterticket nicht mehr möglich. Der Landesregierung scheint nicht klar zu sein, was sie mit einer vermeintlich so kleinen Änderung des Hochschulgesetzes bewirkt. Die Auswirkungen auf die Studienbedingungen, gerade bei sozial benachteiligter Studierenden, wären fatal.

Gravierend ist auch die Einführung von Langzeitstudiengebühren. Bundesweit befinden sich Studiengebühren auf dem Rückzug, verschiedene ASten planen zum Wintersemester eine Kampagne, um allgemeinen Studiengebühren auch in den letzten verbliebenen Bundesländern Niedersachsen und Bayern endgültig abzuschaffen. Betroffen werden durch Langzeitstudiengebühren vor allem Studierende mit Krankheit und Behinderungen, Studierende mit Kind und Studierende, die nebenbei arbeiten müssen, um sich das Studium zu finanzieren. Die ohnehin schon massive finanzielle Belastung durch wesentlich gesteigerte Krankenversicherungsbeiträge, fehlendes Kindergeld und ausgelaufener BAföG-Anspruch wird damit weiter verschärft, die Studienabbrüche besonders sozial benachteiligter Studierende nehmen zu.

Die Gesetzesänderungen sehen auch einen weiteren Umbau der Hochschullandschaft zu unternehmerischen Hochschulen vor. Den Hochschulen soll das Recht erhalten bleiben, sich "selbstständig" zu machen, sich an Unternehmen zu beteiligen oder diese zu übernehmen. Eine ähnliche Entwicklung zur „autonomen Hochschule“ bzw. zur Stiftungsuni ist bei der TU Darmstadt und der Uni Frankfurt schon weit fortgeschritten. Damit wird die Finanzierung der Hochschulen immer weiter auf privatwirtschaftliche Einnahmen gestützt und die Länder ziehen sich schrittweise aus der Finanzierung der Hochschulen zurück.

Doch die geplanten Änderungen zum Hochschulgesetz schaffen noch weitere Verschlechterungen der Studiensituation. Bisher war es möglich, Prüfungen vor dem vorgesehenen Zeitpunkt innerhalb des Studienablaufes abzulegen, bei Nichtbestehen galten die Prüfungen als nicht durchgeführt. Durch die Unterfinanzierung der Hochschulen und die mangelnden Kapazitäten soll jetzt der Freiversuch gestrichen werden, statt genügend Personal in den Prüfungsämtern einzustellen. Dass sich die Situation dadurch bessert, ist aber mehr als fraglich, der Arbeitsaufwand wird durch die steigenden Studierendenzahlen eher noch zunehmen.

Das Studierendenparlament der TU Darmstadt kritisiert daher die geplanten Änderungen zum Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz aufs Schärfste und fordert die Sächsische Landesregierung auf, sie zurückzunehmen. Wir solidarisieren uns mit allen betroffenen Studierenden und fordern sie zu entschlossenen Protesten auf!

RESOLUTION: WOHNUNGSNOT

Vor etwa einem Jahr haben 2.000 Menschen in Darmstadt gegen die Wohnungsnot demonstriert und im Anschluss symbolisch das Justus-Liebig-Haus besetzt. Damit haben sie erreicht, dass sich Stadt und BImA zusammensetzen, um eine Lösung für die kurzfristige Nutzung der seit 4 Jahren leerstehenden Kasernen zu finden. Dieses Wintersemester, das war einhelliges Ziel aller Beteiligten, sollte die temporäre Nutzung stehen, die doppelten Abiturjahrgänge in Hessen damit etwas abgefangen werden. Daraus geworden ist nichts. Scheiterte es bei einem Teil der Kasernen an der Stadt, hat die BImA jetzt bei den Übrigen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Kasernen bleiben also weiter leer und wir Studierende pendeln weiter 2-4 Stunden täglich. Der Versuch, die Verantwortlichen mit symbolischem Protest aufzurütteln und der Dringlichkeit der Situation bewusst zu machen, ist dementsprechend gescheitert. Das Studierendenparlament der TU Darmstadt fordert alle Studierenden auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum selbst in die Hand nehmen!